33. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 27. FEBRUAR 2007

Vorlage Nr. 952 ANTRAG
Zu TOP 18

A N T R A G

der Stadträte Lüppo Cramer und Dr. Eberhard Fischer (KAL) sowie der KAL-Gemeinderatsfraktion vom 30. Januar 2007

Stand Kombilösung: Finanzierung, Genehmigungsverfahren und Zeitplan

Die Stadtverwaltung berichtet nach Vorberatung im Planungsausschuss und im
Aufsichtsrat KASIG öffentlich im Gemeinderat über den Stand der Kombi-Lösung:
a) Finanzierung
b) Planfeststellungs- bzw. Bebauungsplanverfahren
c) Realisierungszeitraum
Sachverhalt / Begründung:

Nach unterschiedlichen Botschaften der Landesregierung in den vergangenen Wochen ist unklar, wie es mit der von der Mehrheit der Bürger in einem Bürgerentscheid gewünschten Kombilösung weitergehen soll. Entsprechende Zuschüsse durch Bund und Land waren Grundlage des Bürgerentscheids. Die Aussage
des Landes, im GVFG-/Regionalisierungsmitteltopf seien zu geringe Mittel, bedarf einer klaren, mit Zahlen unterlegten Verifizierung samt einer Begründung, welche anderen Projekte in Baden-Württemberg Priorität genießen.
Die Stadtverwaltung soll daher darlegen, wie die Zuschuss-Situation von Bund
und Land aussieht, welche größeren ÖPNV-Projekte das Land Baden-Württemberg mit
Mitteln aus welchem und in welcher Höhe aktuell und in den kommenden Jahren
finanzieren will. Die Stadtverwaltung soll weiter vorstellen, wie nach aktueller Sachlage eine Finanzierung des Landesanteils der Kombilösung aussehen
könnte (Höhe des Gesamtzuschusses; Zeitplan der Abfinanzierung; Vorfinanzierung
durch Stadt geplant?) und welche Hindernisse dabei zu beachten sind.
Schließlich sind der Stand des Planfeststellungs- bzw. Bebauungsplanverfahren
und der nach derzeitigem Wissen mögliche Realisierungszeitraum für die Karlsruherinnen und Karlsruher und alle Nutzer des KVV von Interesse.

gez. Lüppo Cramer
gez. Dr. Eberhard Fischer

Hauptamt - Sitzungsdienste -
9. Februar 2007